

Unmut über „KiBiz“

VON LINDA WABEL, 18.05.07, 17:17h, AKTUALISIERT 18.05.07, 17:18h

Refrath - Sprachförderung als Regelaufgabe in Kindertageseinrichtungen, der Ausbau der Betreuung für unter dreijährige Kinder und eine übersichtlichere Finanzstruktur. Das sind einige Ziele des Entwurfs zum „Kinderbildungsgesetz“ (KiBiz), das dem bisherige Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) nachfolgen soll. Ziele, die eigentlich ein Wohlklang in Elternohren sein sollten. Doch unter den Eltern und Pädagogen im Publikum in der Steinbreche in Refrath herrschte Unmut über den Gesetzentwurf, den auch die Referenten des Abends teilten.

Gabriele Schmitz, Fachberaterin des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes im Rheinisch-Bergischen Kreis, stellte beispielsweise klar, dass die Finanzstruktur mangelhaft ist: „Die finanzielle Ausstattung entspricht nicht den umfassenden und gestiegenen Anforderungen.“ Die Referentin Britta Altenkamp, stellvertretende Vorsitzende der SPD Landtagsfraktion, bringt ihre Einstellung zum Gesetzentwurf folgendermaßen auf den Punkt: „KiBiz ist Mumpitz!“ Der Jugendamtsleiter der Stadt Bergisch Gladbach, Bruno Hastrich, sieht eines der größten Probleme in der seiner Ansicht nach unzuverlässigen Landesfinanzierung: „Das ist für die Kindertageseinrichtungen unsicher, denn der Landesfinanzminister kann jedes Jahr neu festsetzen, wie die Finanzierung von Ländersseite aus aussehen soll.“

Außerdem können die Träger von Kindertageseinrichtungen laut Gesetzentwurf künftig nicht mehr einfach ihre Kosten erstatten lassen, sondern bekommen Pauschalen, anhand derer sie ihre Kostenstruktur aufbauen müssen. „Wenn früher ein Träger nur teure Erzieherinnen hatte, dann wurde ihm das Geld dafür gegeben. Unter finanziellen Gesichtspunkten lohnt es sich für Kindertageseinrichtungen nur noch, möglichst billiges Personal einzustellen.“ So könnte es seiner Befürchtung nach passieren, dass eine Erzieherin in Mutterschutz geht, der Träger die Chance nutzt und eine Jüngere mit niedrigerem Einstiegsgehalt direkt von der Fachhochschule einstellt, anstatt die teure Erzieherin nach ihrem Mutterschutz weiter zu beschäftigen. Doch nicht nur an der Finanzierung wird Kritik laut. Britta Altenkamp zweifelt auch die Art und Weise an, wie die Betreuungsmöglichkeiten für unter dreijährige Kinder ausgebaut werden sollen: „Auf die Tagesbetreuung ist der Ministerpräsident wahrscheinlich so stolz, dass er sich jeden Morgen vor dem Spiegel selbst lobt. Aber eine Tagesbetreuungsperson soll bis zu acht Kleinkinder versorgen. Sie soll wickeln, füttern und sich dann auch noch um Bildungsprozesse kümmern.“ Bruno Hastrich betont: „Das ist kein Qualitätssicherungsgesetz, sondern ein Spargesetz!“

Bergisch Gladbach hat mit seiner hohen Versorgungsquote von über 20 Prozent bei den unter dreijährigen Kindern und dem mittlerweile abgeschlossenen Umbau aller Grundschulen zu Ganztagsgrundschulen schon viele Ziele erreicht, die das Land NRW erst für die nächsten Jahre anstrebt. Doch wenn sich mit dem neuen „Kinderbildungsgesetz“ die Finanzierung ändert, könnten die ambitionierten Ziele des Gesetzentwurfs, die Bergisch Gladbach bereits umgesetzt hat, paradoxerweise schlicht zu teuer werden. Doch Hastrich ist trotz allem optimistisch, dass es anders kommt. Denn nach heftiger Kritik, auch der Kommunen, ist Ministerpräsident Jürgen Rüttgers zurückgerudert. Laut Hastrich wird momentan schon an einem veränderten Gesetzentwurf gearbeitet. Bergisch Gladbachs Jugendamtsleiter ist sich sicher: „Da wird es bei den wesentlichen Kritikpunkten etliche Zugeständnisse geben.“ Der Gesetzentwurf soll dann Mitte Juni in die erste Lesung im Landtag gehen.